

CSU-Stadtratsfraktion · Rathausplatz 2 · 86150 Augsburg

Frau Oberbürgermeisterin  
Eva Weber  
Rathausplatz 1  
86150 Augsburg



**GRÜNE  
FRAKTION  
AUGSBURG**



Tel. 0821.324-23 76  
Fax 0821.335 05

[www.csuaugsburg.de](http://www.csuaugsburg.de)  
[fraktion@csuaugsburg.de](mailto:fraktion@csuaugsburg.de)

Augsburg, 20.03.2024

## **Antrag: Politische Bildung ausbauen - Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentreten**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die vor Kurzem bekannt gewordenen und mit dem zynischen Etikett „Remigration“, dem Unwort des Jahres 2023, versehenen Pläne rechtsextremer Kreise, Millionen unbescholtener Menschen deportieren zu wollen, schockierten verständlicherweise große Teile der Zivilgesellschaft in unserer Stadt und sind ein Frontalangriff auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde. Zehntausende Menschen sind seitdem auch in Augsburg auf die Straße gegangen, um sich gegen derartige Bestrebungen zu positionieren, die mit unserer freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassungsordnung nicht ansatzweise vereinbar sind. Gerade eine Stadt wie Augsburg, in der etwa jeder zweite Mensch einen Migrationshintergrund hat, steht in der Verantwortung, Strukturen unserer freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung zu stärken und Ideologien, die die Menschenwürde missachten, entschieden entgegentreten.

Die Stadt Augsburg ist seit langem im Bereich von politischer Bildung und Extremismusprävention engagiert. Ein Aktionsplan gegen Antisemitismus ist derzeit in Erarbeitung. Schon Grundschulkinder und Vorschulkinder lernen im Rahmen von „Lernort Rathaus“ den Demokratieort Rathaus, ihre Gemeinde und demokratische Entscheidungsverfahren kennen. Ausstellungen und Gesprächsrunden der Stadtbücherei in Zusammenarbeit mit dem Europabüro und dem Büro für gesellschaftliche Integration informieren über Europa oder verschiedene Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Eine derzeit vor allem von der Zivilgesellschaft getragene lebendige Kultur des Gedenkens und Erinnerns wird von der Stadt aktiv begleitet. Eine kommunale Fachstelle für Demokratie ist ebenfalls ein wichtiger Akteur der politischen Bildungsarbeit. Hinzu kommen noch viele weitere Projekte städtischer und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure.

Die aktuellen Ereignisse sind ein Anlass zu überprüfen, inwieweit Aktivitäten ausgebaut werden sollten.

**Die Stadtratsfraktionen von CSU und Bündnis 90/Die Grünen stellen daher folgenden Antrag:**

1. Die Fachstelle für Demokratie gibt sich ein konkretes Arbeitsprogramm mit geeigneten Handlungskonzepten, um den verschiedenen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (wie z.B. Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus, Chauvinismus, Queerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit usw.) in Augsburg entgegenzutreten. Das Arbeitsprogramm adressiert auch die Ziele, Minderheiten sichtbar zu machen und als integralen Bestandteil der Stadtgesellschaft darzustellen, Vorurteile abzubauen sowie für spezifische Belange zu sensibilisieren und die Stadtgesellschaft zum Umgang mit Fake News, Desinformationskampagnen und Verschwörungserzählungen zu schulen.
2. Die Fachstelle für Demokratie erarbeitet außerdem den Entwurf für ein städtisches Konzept der politischen Bildungsarbeit, das insbesondere auf die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, verfassungsfeindlicher Bestrebungen sowie der Delegitimierung des Staates und seiner Organe abzielt. Das Konzept beantwortet auch die Frage, inwieweit zusätzliche Strukturen in den Bereichen Extremismusprävention bei Jugendlichen und zivilgesellschaftliche Dokumentation rechts- und linksextremistischer, rassistischer oder antisemitischer Umtriebe notwendig erscheinen und aufgebaut werden können.
3. Ein Projekt „Demokratie-Verteidigerinnen und -Verteidiger“ soll jährlich bis zu zehn Studierende verschiedener Fachrichtungen durch Gewährung eines kleinen Forschungsstipendiums dazu motivieren, sich im Rahmen ihrer Abschlussarbeiten (Bachelor- oder Masterarbeiten) mit Themen aus Bereichen wie z.B. Extremismusprävention, Antidiskriminierungsarbeit oder Demokratiestärkung auf lokaler Ebene zu beschäftigen und ihre Forschungsergebnisse im geeigneten Rahmen auch interessierten städtischen Stellen wie bspw. der Fachstelle Demokratie, der Zentralen Antidiskriminierungsstelle, dem Büro für Kommunale Prävention, dem Büro für gesellschaftliche Integration, dem Friedensbüro sowie einem interessierten Fachpublikum etc. zur Verfügung zu stellen. Die Kleinstipendien sollen sich am Aufwand für Bücher, empirische Erhebungen, Archivrecherche, Software usw. orientieren.
4. Mit der Umsetzung eines Projekts „Demokratie-Paten und -Patinnen“ wird die Wichtigkeit der Demokratie in geeigneter Weise in die Zivilgesellschaft multipliziert.
5. Die Stadtverwaltung stellt dar, welches Übergangskonzept für das Projekt „Lernort Rathaus“ für die Zeit vorgesehen ist, während der das Rathausgebäude infolge der Sanierung vorübergehend nicht zur Verfügung steht.
6. Die Stadt Augsburg intensiviert (im Zusammenwirken mit dem Bezirk und anderen öffentlichen Akteurinnen und Akteuren) ihre Aktivitäten im Bereich der Erinnerungskultur und Gedenkort und würdigt so die langjährige Arbeit der bürgerschaftlichen Initiativen und Bürgerinnen und Bürger. In diesem Zusammenhang wird als zeitnahes Ziel die Etablierung eines Trägervereins für den Erinnerungs- und Gedenkort Halle 116 für wichtig erachtet. Die Verwaltung stellt in diesem Zusammenhang dar, welchen

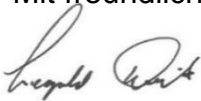
Anklang die Halle 116 als Lernort seit Eröffnung gefunden hat.

7. Die Stadt Augsburg verstetigt das Projekt *Heroes*, um der Verbreitung islamistisch motivierten Extremismus entgegenzuwirken.

### Begründung:

Politische Bildung ist heute notwendiger denn je. Zwar können politische Bildungsprozesse Stereotypen, Chauvinismus und Hass weder vollständig entgegenwirken noch die Politik aus ihrer Verpflichtung entlassen, Rahmenbedingungen für eine Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung durch die Bevölkerung zu schaffen. Empirische Studien belegen allerdings eindeutig, dass präventiv ansetzende politische Bildungsarbeit die Anfälligkeit für totalitäre und autoritäre Einstellungs- und Verhaltensmuster verringert. In Ergänzung zur schulischen politischen Bildung und der Arbeit der Akademien, Gedenkstätten, Dokumentationszentren und der Landes- und Bundeszentralen für politische Bildung ist daher auch die Stadt Augsburg gefordert, ihre diesbezüglichen Aktivitäten auszubauen und auf die heute besonders akute rechts- und linksextremistische, islamistische sowie national-chauvinistische Bedrohung hin auszurichten.

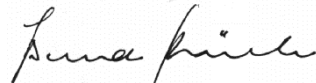
Mit freundlichen Grüßen



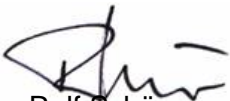
Leo Dietz  
Fraktionsvorsitzender



Peter Uhl  
Stv. Fraktionsvorsitzender




Bernd Kränzle  
3. Bürgermeister



Ralf Schönauer  
Stv. Fraktionsvorsitzender



Ruth Hintersberger  
Stv. Fraktionsvorsitzende



Peter Schwab  
Stv. Fraktionsvorsitzender



Horst Hinterbrandner  
Stadtrat



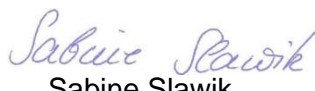
Claudia Haselmeier  
Stadträtin



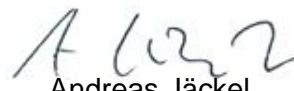
Dr. Hella Gerber  
Stadträtin



Astrid Gabler  
Stadträtin



Sabine Slawik  
Stadträtin



Andreas Jäckel  
Stadtrat



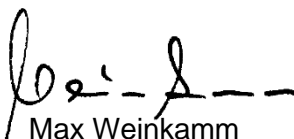
Benedikt Lika  
Stadtrat



Rolf Riebling  
Stadtrat



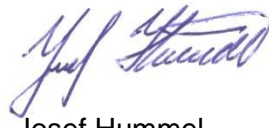
Matthias Fink  
Stadtrat



Max Weinkamm  
Stadtrat



Bernd Zitzelsberger  
Stadtrat



Josef Hummel  
Stadtrat



Thomas Lidel  
Stadtrat



Hans-Peter Pleitner  
Stadtrat



Verena von Mutius-Barholy  
Fraktionsvorsitzende




Peter Rauscher  
Fraktionsvorsitzender



Dr. Deniz Anan  
Stv. Fraktionsvorsitzender



Dr. Stefan Wagner  
Stv. Fraktionsvorsitzender



Marie Rechthaler  
Stv. Fraktionsvorsitzende



Christine Kamm  
Stadträtin



Sabrina Koch  
Stadträtin



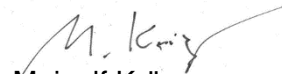
Melanie Hippke  
Stadträtin



Dr. Pia Haertinger  
Stadträtin



Serdar Akin  
Stadtrat



Meinolf Krüger  
Stadtrat



Udo Legner  
Stadtrat



Matthias Lorentzen  
Stadtrat